

Zum Führen gehören in der Demokratie immer Zwei und in der Mediendemokratie sogar Drei. Eine Führung, die zu Führen versteht und eine Partei, die Führung erlaubt. Und heutzutage eben noch eine Medienkultur, die beides zulässt, statt durch das unmäßige Vergrößern von Differenzen, die Entthematisierung der politischen Fragen, durch hemmungslose Personalisierung und Jagd auf das Führungspersonal täglich ein Bild zeichnet, in dem nichts anderes mehr zu erkennen ist, als personelle Intrigen. Eine Partei, die es den Medien, die von solchem Spektakel gut leben, in dieser Hinsicht so leicht macht, wie die SPD der letzten Jahre, darf sich nicht wundern, wenn diese freudigen Gebrauch von jeder gebotenen Gelegenheit machen und dann gern auch selbst tätig werden, falls wirklich einmal ein paar Tage Ruhe herrscht.

Wenn die SPD nicht zu ihrer alten

Tugend zurückfindet, erst kräftig zu streiten über die Fragen, die die Gesellschaft bewegen, am Ende aber solidarisch für das gemeinsam gefundene Ergebnis nach Außen einzustehen und die Personen zu tragen, die dafür öffentlich geradestehen müssen, dann gnade ihr Gott. Das Projekt der sozialen Demokratie ist nicht tot und die Partei, die es verkörpert, könnte sehr lebendig sein. Ein Rundblick in Europa zeigt es. Das Duo Steinmeier/Müntefering ist eine große Chance für die SPD – wenn die Partei das zulässt, vielleicht sogar mitspielt. Die eifrigen Kommentatoren der zweiten Reihe, die nun schon wieder loslegen, sollten an Herbert Wehners Verdikt denken, bevor sie die Zukunft ihrer eigenen Partei für einen kurzen Augenblick persönlicher Medienaufmerksamkeit aufs Spiel setzen. Oder hat sie ein suizidaler Taumel erfasst?

Klaus Harpprecht

Die Glosse:

Für einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz

Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt.

Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.



Ein Fünf-Parteien-System in den nächsten überschaubaren Jahren? Gilt für diese ungemütliche Veränderung der Republik, was die Regel für alle Demokratien normalen Gepräges sein müsste: dass im Prinzip jede Partei mit jeder anderen koalieren könne, dass – mit anderen Worten – keine Allianz mit einer von den Wählern legitimierten politischen Formation tabuisiert werden dürfe?

Aber ist die größere, die »gesamtdutsche«, die vereinigte Bundesrepublik ein »Normalfall«? Als Fritz René Allemann, der große Schweizer Journalist, vor mehr als einem halben Jahrhundert der zweiten deutschen Republik das optimistische Zeugnis ausstellte, Bonn sei nicht Weimar, fügte er seiner couragierten Prognose (die rasch zum geflügelten Wort wurde) eine ernste Warnung hinzu: Die Bundesrepublik, schrieb er, »hat die Chance des neuen Anfangs ... trotz mancher Schwächen bisher eindrucksvoll zu nutzen vermocht; sie ist mit Schwierigkeiten fertig geworden, an denen der erste demokratische Staat der Deutschen zerschellte. Aber der Größe ihrer Leistung entspricht die Größe der Gefahr, die sich vor ihr auftut – einer anderen, einer neuen Gefahr, mit der sich Wei-

mar nicht auseinanderzusetzen hatte und an deren Bewältigung allein Bonn sich schließlich zu bewähren haben wird«. Er hatte den »Zusammenschluss West- und Ostdeutschlands« im Auge, der zur tödlichen Bedrohung würde, wenn ihn der Staat von Bonn mit »einer Preisgabe der freiheitlichen Lebensordnung erkaufte«.

Freiheit und die zerfledderten Erben der SED

Das ist nicht geschehen. Eine Mehrheit der Deutschen stellte die »nationale Einheit« nicht über die Freiheit, wie Allemann damals noch fürchtete – er selber ein links-liberaler Geist, der die Jugendverirrung des kommunistischen Engagements lange hinter sich hatte. Er sah die Implosion des Sowjet-Imperiums nicht voraus (die Willy Brandt freilich im Jahre 1973 schon als eine Möglichkeit bedachte). Er ahnte nicht, dass der zweite deutsche, der »realsozialistische« Staat 35 Jahre nach der Niederschrift seines Buches dem Westen wie eine überreife, in Wahrheit längst von innen verfaulte Frucht in den Schoß fallen sollte: uns, den Bürgern der demokratischen und freien Bundesrepublik, damit der Europäischen Union und der Atlantischen Allianz.

Seitdem leben wir in der Tat *de facto* mit fünf Parteien. Nach den *Grünen* wurde uns (zunächst nur in »Neufünfland« östlich der Elbe) die PDS als die zerfledderte Erbin der *Sozialistischen Einheitspartei* zuteil, die sich freilich unter der Führung des Chamäleons Oskar Lafontaine, unterdessen unter dem pathetischen Lügentitel *Die Linke*, auch im Westen der Republik etabliert hat: das Sammelbecken notorischer Chaoten, Trotskisten und Ex-Stalinisten, freilich auch jener frustrierten Sozialdemokraten, die gern USPD à la Karl (Liebknecht) und Rosa (Luxemburg) spielen möchten, von Gegnern der Reform-Strategie 2010 und – nicht zu vergessen – von manchen ihrer Opfer, die aus den halb-

wegs komfortablen Sicherungen des Sozialstaates in ein dürftiges Dasein stürzten.

Den Opfern ist es kein Trost, wenn wir sie mit der Wahrheit konfrontieren, dass der Sozialstaat so rasch an die Grenzen der Bezahlbarkeit geriet, eben weil das Pleite-Regime des »Realsozialismus« der Westrepublik einen Finanztransfer aufgebürdet hat, der in der Geschichte ohne Beispiel sein mag. Anders: dass *Die Linke* von dem Unglück profitiert, das uns die SED hinterlassen hat. Niemand weiß das genauer als der rote Oskar, der 1989, just diese Last scheuend, vor der Wirtschafts- und Währungsunion gewarnt hat, die rosigen Illusionen des Kanzlers Kohl beiseitefegend, freilich auch Willy Brandts Mahnung, dass sich die SPD dem Willen der siebzehn Millionen »drüben« zur freien Vereinigung dennoch nicht entziehen dürfe. Oskars Zynismus ist in der Tat bodenlos – aber der seiner Neugenossen Gysi, Bisky und Co. nicht geringer: Denn sie beuten nun das Elend aus, das sie selber mit bewirkt haben.

Nicht koalitionsfähig

Die Linke mag in Ostdeutschland ihre Funktion als eine ostalgische Heimatpartei mit einigem Recht behaupten. Dennoch kann sie, auch wenn es bei ihr nun halbwegs demokratisch zugeht, als koalitionsfähige fünfte Partei weder für den Bund noch für die westdeutschen Länder anerkannt werden. *Erstens* weigert sie sich, die Mitverantwortung ihrer ostdeutschen Repräsentanten für den antihumanitären und anti-sozialen, für den rechts- und freiheitswidrigen Charakter der DDR mit der gebotenen Klarheit festzustellen. *Zweitens* ist sie uns – und vor allem den Bürgern der DDR – jede Aufklärung über die Manipulationen ihrer Chefs mit dem monströsen Vermögen der SED schuldig geblieben. *Drittens* verweigert sie sich der *raison d'être* der Bundesrepublik Deutschland: der un-

auf löslichen Bindung an die Europäische Union, die von der *Linken* nach wie vor in Frage gestellt wird – siehe ihre Ablehnung des Vertrages von Lissabon, der ein (provisorischer) Verfassungsersatz der Gemeinschaft ist. *Viertens* lehnt sie die Pflichten, die der Bundesrepublik aus der Zugehörigkeit zur Atlantischen Allianz erwachsen, noch immer kategorisch ab. *Fünftens* leugnet sie beharrlich, dass die DDR mit dem Etikett »antifaschistisch«, das sie sich angeklebt hatte, an einer wahrhaftigen Auseinandersetzung mit der Erbschaft des Dritten Reiches vorbeilog (Buchenwald inklusive). Die Schuld wurde auf die Bundesrepublik abgeschoben; die Nazi-Konvertiten in den eigenen Reihen – darunter einstige Gestapo-Kommissare – aber geduldet, ja gefördert, der Antisemitismus unter dem Tarnschild des »Antizionismus« wachgehalten, die Polen- und Tschechen-Feindschaft in deutschnationaler Tradition niemals bekämpft, sondern eher angefacht. So ist es kein Wunder, dass die Infektionskeime neonazistischer und rassistischer Anfälligkeit, zumal des Fremdenhasses (trotz einer minimalen Präsenz von Bürgern nichtdeutscher Herkunft) in der Ex-DDR immer wieder aufbrechen (was auch für Westdeutschland zutrifft, dort freilich von der Mehrheit entschlossener Bürger in Schach gehalten). Man mag da und dort von einem heimlichen Schulterchluss der unbekehrten Spät-Stalinisten und den unbelehrbaren Neo-Nazis reden, nicht völlig zu Unrecht.

Daraus resultiert: Für den Bund und für die Länder im Westen existiert in Wahrheit nur ein Vier-Parteien-System. Das schränkt die Wahl- und die Koalitionsmöglichkeiten ein. Es könnte sich nach den nächsten Bundestagswahlen durchaus wieder eine Situation ergeben, die keine andere Chance als die Fortsetzung der Großen Koalition zulässt – wenn es denn angeht unter der Führung der SPD. Dies setzt voraus, dass die Sozialdemokratie – dem Kraftakt Gerhard Schröders und seiner engsten Ver-

bündeten im Jahre 2005 gemäß – die Konkurrenz mit der CDU und der CSU mit einem neuen Selbstbewusstsein aufnimmt. Die Bilanz der amtierenden Regierung kann sich sehen lassen, entgegen aller wehleidigen Klagen so vieler Genossen, die von Beginn an auf die kontraproduktive Taktik des Oppositionsspiels in der Koalition gesetzt haben, statt – dies kann nicht oft genug wiederholt werden – unmissverständlich zu demonstrieren, dass »wir regieren« und dass dank unserer guten Minister Frau Merkel die gute Kanzlerin werden konnte, die sie ist.

Ziele der neuen Mitte klar formulieren

Sie hat dies sehr wohl begriffen – und sie versteht umso weniger, warum so viele Sozialdemokraten den Kampf um die Mitte aufzugeben bereit sind: vermeintlich um die Konkurrenz der *Linken* abzufangen, statt deutlich zu machen, dass *Die Linke* keineswegs links, sondern dümmlich und zynisch zugleich auf die altbackenste Weise national und sozialistisch ist. Umso entschlossener demonstriert uns Frau Merkel, wie man den Anspruch auf »Die Mitte« behauptet: ein Motto, das sie konsequent an jedes Rednerpult montieren lässt. Die SPD aber braucht den Mut – übrigens nicht anders als die französischen Sozialisten – die Ziele ihrer neuen Mitte klar und einfach genug zu formulieren, um die Bürger aus ihrer Lethargie und aus ihren Depressionen zu lösen.

Vor vierzig Jahren hat die Sowjetunion – mit dem militanten Beistand der Staaten des Warschauer Paktes – den »Sozialismus mit dem menschlichen Antlitz« in Prag niedergeknüppelt. (Die DDR wurde, gegen den Willen Ulbrichts und seiner Genossenschaft, im letzten Augenblick davon abgehalten, mit Panzern in Böhmen und Mähren einzumarschieren.) Es ist an der Sozialdemokratie, die Bürger mit ihrem

Engagement für einen »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz«, für eine Marktgemeinschaft der bürgerlichen Solidarität, für eine Gesellschaft der Menschenwürde, für eine Gesellschaft der Generationengemeinschaft wachzurütteln. Es gibt keinen Grund, an die Christdemokraten vom Schlage Rüttgers den Anspruch abzutreten, sie seien am Ende die besseren Sozialdemokraten.

Wir können, leider, keine Führung mit

dem Charisma der amerikanischen Demokraten – ob Barak Obama, ob Bill, ob Hillary Clinton – herbeizaubern. Aber wir können sehr wohl auch bei uns das uramerikanische Vertrauen wecken, dass uns immer wieder die Chance des Anfangs geschenkt wird. Dies ist das Geheimnis der Demokratie, Das und nichts anderes war 1972 die Botschaft Willy Brandts, der seiner SPD den schönsten Wahlsieg ihrer Geschichte bescherte.

Werner Tress

Verbrannte Sozialdemokratie

»Ich übergebe dem Feuer die Schriften von Marx und Kautsky!«

Neuere Forschungen ergaben: Die Bücherverbrennungen fanden 1933 nicht nur im Mai, sondern bis in den Herbst hinein statt. Sie waren weiter als bisher bekannt verbreitet, fast hundert Orte wurden gezählt. Sie gingen vor allem von einem Netzwerk um die NS-Studentenbewegung aus und betrafen gerade auch sozialdemokratische Sachbücher und Symbole.

In den Tagen um den 10. Mai 2008 wurde in zahlreichen deutschen Städten an die NS-Bücherverbrennungen gedacht. Vor 75 Jahren, in den Abendstunden des 10. Mai 1933, brannten in 22 deutschen Hochschulstädten die Scheiterhaufen. Unter lärmenden Schmährufen warfen Studenten in SA- und SS-Uniformen die Werke von Kurt Tucholsky, Heinrich Mann, Anna Seghers und zahlreichen weiteren Schriftstellern, Publizisten und Wissenschaftlern in die Flammen. Von etwa 360 Autorinnen und Autoren lässt sich heute nachweisen, dass ihre Werke von den Bücherverbrennungen 1933 betroffen waren. Darunter waren auch zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, beispielsweise so bedeutende Namen wie August Bebel, Ferdinand Lassalle, Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Anna Blos, Louise Schröder, Rudolf Hilferding, Gustav Radbruch, Ernst Fraenkel und Otto Suhr.



Werner Tress

(* 1975) ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Moses-Mendelssohn-Zentrum in Potsdam. Im Vorwärtsbuch von ihm erschienen: *Wider den undeutschen Geist. Bücherverbrennung 1933.*

werner@tress-berlin.de

Die Bücherverbrennungen im Mai 1933 waren Höhepunkt der reichsweiten »Aktion wider den undeutschen Geist«. Dabei handelte es sich um eine vierwöchige, generalstabsmäßig geplante und durchgeführte Kampagne mit dem Ziel der Vertreibung der deutsch-jüdischen und kritischen Intelligenz vor allem aus den Universitäten. Durch die Verbreitung des Hetzplakates »Wider den undeutschen Geist« am 13. April, einen »Professorenboykott« ab dem 19. April und schließlich durch die Plünderung von Buchhandlungen und Biblio-